

Die Zimmeise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeise“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drahstr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 5549. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6 Spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Dem Fest der Blüten.

Sei uns von Herzen begrüßt, du freundvoller Tag der Pfingsten,
Der uns mit Schönheit und Lust und grünender Hoffnung erfüllt!
Nach dem, den die Lebensnot drückt, ja, dem Allergeringsten
Spendest du Blüten und Licht, lächelst du tröstend und mild!
Wer kann dem quellenden Born deiner strahlenden Süßigkeit entziehen?
Grüßt du doch buntbedändert von jedem Busch, jedem Gang.
Zauberst auf Baum und auf Strauch, auf die Auen endloses Blüten,
Lächst in den Ästern schwingen jubelnden Lerchengesang;
Und das vergnügliche Brummen eifrig sammelnder Bienen
Mischst du mit schwirrender Käfer lustigem Zirpengeklän —
Alles ist hurtig bemüht, dem schwellegenden Leben zu dienen
In dem Wald, in dem Tal, auf den Feldern und Häh'n . . .

Lernet, ihr Schwestern und Brüder, lernet von dem Tage der Blüten:
Wenn ihr es klügl'ich euch formt, was euch das Leben gebet:
Freude und Schönheit und Glück, wenn alle sich eifrig bemühen,
Von sich zu wahren die Seidenschaft, Herrlichkeit, Bosheit und Neid!
Freude und Schönheit gebelien, wo sich die Menschen verstehen
Blüten umkränzen die Stirnen, wo Freundschaft und Liebe erglänzen,
Friede wird walten, wo alle in jedem den Bruder sehen,
Küßliche Frucht wird uns werden, wo fleißige Hände sich mühen! —
Wenn ihr den Pfingstgeist begreift, wird sich euer Leben gestalten,
Wie es der Menschheit gebührt, um froh und glücklich zu sein.
Seid hilfreich, edel und gut; dann wird auf dem Edergrund walten
Friede und Wohlstand und Freude, Pfingsten und Sonnenschein!
Caefs.

Gewerkschaftliche Pfingsten.

Das Proletariat stellt den größten Teil des Volkes dar,
alle die Menschen, die vom Kapitalismus abhängen, die zur
Erhaltung ihres Lebens auf ihre Arbeit angewiesen sind. Und
doch bedeutet die wenigen anderen Menschen, die die Träger
des Kapitalismus sind, die wirtschaftliche Macht, weil noch
Tausende und Abertausende jenen wirtschaftlichen Machthabern
abhängen und folgen, obwohl ihre ganzen Verhältnisse sie zum
Proletariat zwingen. Statt in den natürlichen Gegensatz zu
dem sie knechtenden Kapitalismus zu treten, haben sie sich
Organisationen angeschlossen, die sich des grundsätzlichen Gegen-
satzes zwischen Proletariat und Kapitalismus noch nicht be-

Das Treiben zum Konflikt. Lohnverhandlungen nicht genehm.

Der Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen In-
dustrie treibt mit dem Tarifwesen ein immer gefährlicheres
Spiel. In unserer Nr. 21 machten wir die Kollegenschaft und
die Öffentlichkeit auf das sonderbare Verhalten des Arbeit-
geberverbandes aufmerksam; heute schon können wir eine wei-
tere Begebenheit veröffentlichen, nach der anzunehmen ist, daß
es die Arbeitgeberorganisation mit allen Mitteln zum Kon-
flikt kommen lassen will. Dabei stecken sie sich bei Verhand-
lungen immer wieder die heuchlerische Maske vor, unser Ver-
band lasse es an gutem Willen fehlen und beuge Tarifbruch.
Von welcher Seite jedoch offensichtlich darauf hingearbeitet wird,
ergibt am besten das Verhalten des Arbeitgeberverbandes.
Sedenfalls will dessen Leitung durch schamloseren Manieren
ihre juristischen „Erfolge“ krönen. Die sonderliche Vertrags-
treue (nach Michaelis: Wie ich sie auffasse) des Arbeitgeber-
verbandes der deutschen feinkeramischen Industrie wird blig-
artig durch folgende Begebenheit beleuchtet:

Am 22. Mai richtete unsere Verbandsleitung das schrift-
liche Verlangen an die Arbeitgeberorganisation, ab 26. Mai eine
allgemeine Lohnhöhung einzutreten zu lassen, über die Ver-
handlungen zu pflegen sind. Sie ersuchte um Zusage freier
Verhandlungen und forderte die Leitung des Arbeitgeberver-
bandes auf, Vorschläge über Ort und Zeit für die Verhand-
lungen zu machen. Anlässlich eines Zusammenkommens am
24. Mai bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit erinnerten
unsere Vertreter den Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes,
Dr. Warnke, an die Forderung auf Lohnhöhung, und er ver-
sprach, am anderen Tag vormittags, also am 27. Mai, Vor-
schläge zu machen, wann und wo die Verhandlungen stattfinden
könnten. Auf die Vorschläge wartete unsere Verbandsleitun-
g bis 30. Mai vergebens. An diesem Tage fragte sie dann selbst
bei Dr. Warnke an, ob sie noch auf eine Antwort rechnen
könnte. Dr. Warnke wurde darauf deutlicher und erklärte, daß,
weil auf Antrag seines Vertreters am 26. Mai die Er-
klärungsfrist zu dem neuen Arbeitszeitschiedspruch bis zum
7. Juni festgelegt worden sei, von welchem Zeitpunkt über die
Erhöhung der Löhne nicht geredet werden könne. Erst müsse
über die Arbeitszeit Arbeit herrschen, dann könnten erst Lohn-
verhandlungen gepflogen werden. Nun fragen wir jeden ver-
nünftigen Menschen, was die Erklärungsfrist zum Arbeitszeit-
chiedspruch mit den Lohnverhandlungen zu tun hat. Aber
weil dem Arbeitgeberverband — oder nur der Leitung? —
etwas daran nicht paßt, sollen 70000 Arbeiter und Arbeiterinnen
auf die Lohnregelung bis nach diesem Zeitpunkt verzichten. Die
Verhandlungen an einem früheren Tag werden einfach ab-
gelehnt.
So handelt die Vertragspartei, der Arbeitgeberverband der
deutschen feinkeramischen Industrie.

wußt sind, oder sie irren umher, ohne überhaupt die Notwen-
digkeit eines Zusammenschlusses erkannt zu haben. Wieviel
Arbeit an Aufklärung über die proletarische Aufgabe und an
Werbung für den Verband bleibt da noch zu leisten! Wer
schwach ist, den fagt bei solchem Gedanken leicht einmal Klein-
mut. Hat er nicht immer wieder für seinen gewerkschaftlichen
Gedanken gearbeitet? Wieviel Samen hat er schon ausgestreut!
Kam er zum Keimen?

Wir feiern jetzt Pfingsten. Da wandern wir alle, ob nah
oder fern, in die Natur. Und dort im lebendigen Buge der
Entwicklung steht geschrieben, daß Arbeit Erfolg ist.

Wenn bei unserem Festtagsgange da draußen ein leichter
Wind durch die Föhrenwälder oder über die Gräser der Wiesen
streicht, dann hebt er kleine Wolken von Samenstaub hinauf
in die Luft. Hunderttausend solcher Blütenstäubchen fläht
allein eine Gabelfülle von sich. Ueberchwängert von Blüten-
staub ist deshalb manchmal die Luft. Die meisten, bei weitem
die meisten der Stäubchen schweben umsonst. Sie gehen wieder
zurück in das Ganze, aus dem sie gekommen. Und doch ist es
nur durch diese Höchstarbeit der Natur möglich, daß die Narben
der Blüten, die des Stäubchens Farren, befruchtet werden und
so die Entwicklung möglich wird.

Vor Jahrmillionen war diese Befruchtung durch den Wind
die einzige Befruchtungsart. Durch die Entwicklung aus dieser
Befruchtungsart heraus ward die wunderbare organisatorische
Mannigfaltigkeit der Blüten, denen die Insekten den Samen
zutragen; durch die Entwicklung aus dieser Befruchtungsart
heraus ward all die Blütenpracht, an der wir uns jetzt bei
unserer Pfingstfeier so besonders herzlich erfreuen.

Alles, was groß werden will, verlangt ein Höchstmaß von
Arbeit, gerade in den ersten Zeiten seiner Entwicklung. Da
ist nichts umsonst, auch wenn es „umsonst“ ist. Da kristallisiert
sich aus all den taubenderlei Zufälligkeiten heraus die neue
Stufe höherer Entwicklungsart, die die Einfachheit und Ge-
sehnhaftigkeit und Schönheit in Einem ist.

Aus dem charakteristischen Triebe des Volkes heraus, in
immer währender revolutionärer Energie bestehendes zu ge-
stalten, Erstarrendes zu beleben, hat das Volk auch den Felsen,
an denen es ausruht von dem Alltags-Einerlei, neuen Inhalt
gegeben, und es feiert das Pfingstfest, das Fest des Geistes, als
das Fest der Natur, die auf ewige Zeiten der launere Quell
lebendiger Geistigkeit fließen wird. Das heilige Einsgefühl
von Mensch und Natur, wie es in allen Wesen der Menschheit
gelebt hat, es ist auch das ausgesprochene Götternatur-Gefühl des
Volkes. Nur wenn aus dem lebendigen Erleben des All-Einem
heraus die warme Begeisterung für alles Große sprudelt, kann
einmal Geistigkeit in ihrer Höhe sein.

Und so wächst der Mensch, je tiefer er in der Natur das
Wesen des Lebens erlebt, um so tiefer hinein in den Sinn
seines eigenen Daseins, der seinem Leben Mut und Glauben
und Sieg gibt. Und dieser Sinn seines Daseins ist Schaffen
und Schaffen und sich schenken und wieder schenken, daß Zu-
kunft in Ordnung und Schönheit wird.

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Aussperrung in Thüringen angekündigt.

Nachdem die Aussperrung in Bayern beigelegt und die in
Mitteldeutschland umgangen war, kommen die Unternehmer doch
noch zur offiziellen Ankündigung der Aussperrung in Thüringen,
weil in zwei Betrieben noch Differenzen bestehen. Die Thür-
inger Unternehmer können sich schon etwas mehr Drohungen
an die Arbeiter leisten und schließlich auch mal einige Wochen
aussperrern, weil die Luxusindustrie verhältnismäßig nicht über-
mäßig beschäftigt ist und die Unternehmer einmal mit einem
wahren Wohlgefühl die Vergrößerung des Arbeiterlebens sehen
möchten, um daraus Geschäfte zu machen und Gewinn zu
schlagen. Denn die Aussperrung soll ja den Zweck haben, der
Arbeiterschaft schlechtere Bedingungen aufzuzwingen. Wenn es
darum geht, können die Thüringer Porzellanindustriellen, die
bei Lohnverhandlungen stets Klagelieder anstimmen, daß man
für sie bei den Arbeitern sammeln gehen möchte, auch auf Ein-
nahmen verzichten und die Wirtschaft schädigen. Das ist ja für
die Leute Spielerei. Und der famose Arbeitgeberverband, der
sich noch den äußeren Anschein gibt, im Vertragsverhältnis mit
uns zu stehen, begünstigt den Schritt und hält seine schützende
Hand darüber, anstatt sich zu bemühen, die Sache beizulegen.

Dann können die Thüringer Porzellanindustriellen auch
recht gut auf einige Wochen Einnahmen verzichten; denn sie
haben bei den Thüringer Landtagswahlen ihre „Hosenknöpfe“
gut mitangelegt und haben reichliche Renten zu erwarten. Sie
verstanden es sehr gut, mit der Politik Geschäfte zu machen und
versuchen es nun auch mit Aussperrungen. Wie leicht die
Sache zu machen ist, darin gibt der unserer Kollegenschaft ja
bekannte Dr. Richter, Sozialdirektor bei der Porzellanfabrik
Kastal-L-G. und Staatsrat für Altenburg, ein glänzendes Vor-
bild. Er konnte aus sicherer Quelle in Erfahrung bringen,
daß er den Porzellanarbeitern im Falle der Aussperrung weder
das Staatsratsgehalt noch das des Sozialdirektors zu Kampf-
zwecken zur Verfügung stellt. Jedenfalls geht daraus hervor,
daß sich die Verzinsung für zu politischen Zwecken reichlich ge-
stiftete „Hosenknöpfe“, die den Arbeitern vorenthalten wurden,
bei gewissen Leuten lohnend gestaltet. Ob die Aussperrung so
zinsbringend sein wird, bleibt abzuwarten.

Kollegen und Kolleginnen, die Unternehmer wollen euch
mit allen erdenklichen Mitteln unter die Kruste bringen. Dieser
Anschlag soll ihnen nicht gelingen. Ihr könnt euch am besten
wehren, wenn ihr in gewerkschaftlichen Dingen eure Geschlossen-
heit wahrt.

Haltet eurem Verband die Treue, jagt dessen Verächtl-
macher zum Teufel, bleibt geeint und ihr habt den sicheren Er-
folg in der Tasche, wenn es die Unternehmer tatsächlich wegen
Dappalten aufs äußerste antommen lassen.

Um die Arbeitszeit in der feinkeramischen Industrie.

Am 26. Januar d. J. wurde in Berlin von einem vom
Reichsarbeitsministerium zusammengestellten Schiedsgericht ein
Schiedspruch gefällt, wonach über die grundsätzlich bestehende
48stündige Wochenarbeitszeit hinaus Ueberstunden unter ge-
wissen Voraussetzungen zulässig waren. Der Schiedspruch
wurde feinerzeit von beiden Vertragsparteien angenommen und
somit Vertrag. Dieser Vertrag konnte frühestens zum
31. Mai d. J. gekündigt werden.

Unsere Verbandsleitung kündigte selbstverständlich am er-
stmöglichen Termin. Die Arbeitgeber veranlaßten neue Ver-
handlungen über die fernere Gestaltung der Arbeitszeit. Diese
Verhandlungen fanden am 26. Mai d. J. in Berlin statt. In
den Verhandlungen nahmen die Kollegen Appel und Karl
vom Vorstand, die Gauleiter Griesbach und Hoffmann
und die Kollegen Baum-Born, Thiem-Schönwald und
Weber-Kronach teil.

Die Arbeitgeber forderten:

1. Es sollten nicht nur 6 zuschlagsfreie Ueberstunden pro
Woche, sondern 12 gemacht werden;
2. die Sonderstellungen der staatlichen Manufakturen sol-
ten aufgehoben werden und die Gleichstellung mit den
übrigen Betrieben erfolgen;
3. das frühere Abkommen sollte mit vorstehend aufge-
führten Abänderungen ein volles Jahr verlängert werden.

Dr. Warnke übernahm es, die wirklich nicht bestehenden
Forderungen der Unternehmer zu begründen. Er machte es
sich leicht; kurz und bündig meinte er, es sei aus volkswirt-
schaftlichen (!) Gründen nötig. Die bisherige Regelung habe
nicht genügt; wohl habe die Industrie fünfzig Erfahrungen bei
der bisherigen Regelung gemacht, und sie habe den Wunsch, die
Regelung weiter auszubauen. (Aha!) Die Porzellanindustrie
sei eine Saisonindustrie (ohne Saisonlöhne natürlich, D. Red.),
jede Bestellung müsse so schnell wie möglich ausgeführt werden.
Vom schlechtesten Geschäftsgang sagte er dieses Mal nichts, nur
Scheinonjunktur und Saisonindustrie konnte man dieses Mal
hören. Und dabei forderte Dr. Warnke Ueberstunden für ein
volles Jahr. Da haben wir wohl die kommenden 12 Mo-
nate Saison, Herr Dr. Warnke? Die Manufakturen hätten
den Antrag gestellt, die Sonderregelungen für sie fortfallen zu
lassen und sie mit der übrigen Industrie gleichzustellen.

Unsere Vertreter traten dem Herrn Dr. Warnke scharf
entgegen. Sie bekundeten, daß sich die Produktion nach ihren
Beobachtungen durch die verlängerte Arbeitszeit keineswegs
gesteigert hätte, im Gegenteil, eine Verminderung der
Leistungen sei eingetreten und alle unsere schon
im Januar vorgebrachten Bedenken seien eingetroffen. Vor
allen Dingen habe sich die Sterblichkeitsziffer und
die Krankheitsziffer in den letzten Monaten ganz
bedeutend erhöht und dieses sei auf die verlängerte
Arbeitszeit mit zurückzuführen. Wer einmal 8 Stunden hinter-
einander in einer Porzellan- oder Steingutfabrik gearbeitet
hat, ganz gleichgültig, in welcher Abteilung, muß geben, daß
8 Stunden das Höchste ist, was man einem Arbeiter oder gar
einer Arbeiterin in diesen Brutkältern der Schwinblucht zu-
muten kann. Für uns sei die Verlängerung der Arbeitszeit

Ein so frevelhaftes Spiel treibt diese Organisation mit
dem Tarifverhältnis.

Diese Haltung fordert zum schärfsten Protest heraus.

Drei Wochen will die Vertragspartei der Arbeitgeber einer
Schrulle wegen die Arbeiterchaft der feinkeramischen Industrie
zappeln lassen. Drei Wochen lang sollen die Arbeiter wieder
im Ungewissen gehalten, drei Wochen lang soll ihnen wieder
wohlverdienter Lohn vorenthalten werden, weil einzelne launen-
hafte „Wirtschaftsretter“ keine Lust zum Verhandeln haben.

Arbeiter u. Arbeiterinnen, laßt euch dieses prophanste Be-
nehmen nicht gefallen. Verlangt euer Recht in den Betrieben,
wenn es euch zentral verweigert wird. Sagt den Betriebs-
leitern aber gleich in bestimmter Form, daß das Verhalten
ihrer Organisationsleitung diese Maßnahme verlangt. Laßt
auch nicht abwimmeln. Macht sie und auch die Öffentlichkeit
darauf aufmerksam, daß sie dadurch Anlaß zu Betriebs-
störungen, zu Arbeitsstreitigkeiten, zu Beunruhigungen fried-
licher Arbeiter und Arbeiterinnen geben und diese absichtlich
und leichtfertigerweise herausfordern, wodurch Wirtschaft-
schwierigkeiten entstehen, die dem ganzen Volke schaden.
Laßt euch aber auch nicht durch Drohungen ins Hochhorn
jagen. Die Arbeitgeber treiben Beunruhigungspolitik, wodurch
sie die Arbeiterschaft einschüchtern wollen.

Sie legen dabei sogar die Industrie aufs Spiel und ver-
geben leichtfertigerweise große finanzielle Mittel, von denen
sie Jahre hindurch Lohnhöhungen bestreiten konnten; denn
absichtlich heraufbeschworene Kämpfe kosten den Unternehmern
doch Geld.

Gegenwärtig herrscht nach Dr. Warnkes Ausführungen bei
den Arbeitszeitverhandlungen eiliger Saisonschäftsgang, die
Aufträge können nicht schnell genug erledigt werden, Geld fehlt
und trotzdem wollen die machtthürsternen Industriebanquet-
spieler die Arbeiter beunruhigen.

Das Tun und Treiben büßen sich die Arbeiter nicht mehr
länger bieten lassen. Von den Unternehmern ist Klarheit zu
fordern, ob sie ihre Organisationsleitung so weiter vorklein-
lassen wollen oder ob sie nur noch betriebliche Lohnregelung
wollen.

Unsere Verbandsleitung wird energisch Verwahrung ein-
legen und wenn die nichts fruchten sollte, dem Arbeitgeberver-
band zu verstehen geben, daß es auf diesem Wege nicht mehr
weiter gehen kann.

Klarheit muß geschaffen werden.
Kollegen und Kolleginnen, erkennt die Lage und stützt eure
Organisation. Sie ist euer Rückhalt. Se gestifteter sie ist,
desto mehr Achtung müssen euch und eurer Organisations-
leitung die Unternehmer entgegenbringen.

habet untragbar gewesen und sei es in Zukunft erst recht. Dort, wo unbedingt einmal ein paar Stunden länger gearbeitet werden mußte, hätte man auch früher schon, ohne daß man die Arbeitszeit generell verlängert, die Möglichkeit dazu gehabt. Wir forderten und schlugen vor, daß die im früheren Reichs-tarifvertrag festgelegten Bestimmungen über Überzeitarbeit wieder eingeführt werden. Die Kollegen aus den Betrieben, die an den Verhandlungen teilnahmen, wiesen vor allem darauf hin, man möge endlich die so bringenden notwendigen technischen Verbesserungen einführen, auf die die Betriebsräte in fast jedem Betrieb schon immer hingewiesen hätten, dann würde auch ohne die Leistung von Überstunden eine Produktionssteigerung erzielt. Ueber Dr. Warnke, „Saisonindustrie“ konnten sie sich kaum das Breden verhalten; ein Vertreter erklärte, daß sie jetzt noch an Aufträgen arbeiten, die aus dem Jahre 1914 stammen. In die Enge getrieben, mußten die Vertreter der Arbeitgeber zugeben, daß sich seit Januar die Lage in der Porzellan-industrie (auch in der elektrotechnischen) ganz bedeutend gebessert hat. Auf unsere Behauptungen, daß sich durch Überstunden die Produktion nicht steigern lasse, weil ein Arbeiter in 8 Stunden alles leiste, was an einem Tag möglich sei, antworteten die Herren, es sei ihnen auch weniger darum zu tun, mehr zu produzieren, als darum, daß wieder Qualitätsware hergestellt würde. Also mal so, mal so, wie man's braucht. Ein Teil der Arbeitgeber sagt, wir brauchen eine Produktionssteigerung; wo diese vorhanden ist und nicht mehr überboten werden kann, da fängt man am anderen Ende an und sagt, besser machen, viel schöner machen, wir müssen Qualitätsware herstellen, sonst können wir nicht mehr konkurrieren. Um Argumente sind die Herren nie verlegen.

In den freien Verhandlungen war eine Verständigung wieder nicht möglich. Es mußte wiederum eine vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schlichtungskammer unter Vorsitz des Schlichters für Thüringen, Herrn Ministerialdirektor Dr. Hauschild, tagen. Als Vizepräsident fungierten die Herren Direktor Untucht-Magdeburg, Dr. Hoch-Hildesheim, Dr. Bärge-Selb auf Arbeitgeberseite, die Kollegen Karl, Hoffmann und Fromm auf Arbeitnehmerseite.

Nach vielstündiger, oft stürmischer Beratung wurde nachstehender Schiedspruch gefällt:

Schiedspruch.

1. Das Abkommen über die Mehrarbeit (vergl. Schiedspruch vom 26. Januar 1924) wird bis zum 30. September 1924 mit folgenden Abänderungen verlängert:

Ziffer 2 erhält folgenden Inhalt:

Die Leistung von Überstunden zur Auffüllung des Lagers darf für den ganzen Betrieb nur dann angeordnet werden, wenn davon die sofortige Erledigung laufender Aufträge abhängt. Überstunden für einzelne Abteilungen oder einzelne Arbeiter können auch dann verlangt werden, wenn von ihrer Leistung die volle Beschäftigung anderer Sparten abhängig ist.

2. Entlassungen von Arbeitnehmern als Folge angeordneter Mehrarbeit dürfen nicht stattfinden.

3. Maßnahmen betriebstechnischer oder organisatorischer Art, die geeignet sind, ohne Mehrkosten für den Betrieb die Leistung von Überzeitarbeit entbehrlich zu machen, sind durchzuführen.

4. Wird das Abkommen nicht einen Monat vor Ablauf (vergl. Ziffer 1) gekündigt, so verlängert es sich mit der gleichen Kündigungsfrist um je einen Monat.

Berlin, den 26. Mai 1924.

ges. Ministerialrat Dr. Hauschild.

Auch dieser Schiedspruch kann uns nicht befriedigen, trotzdem er gegenüber dem ersten Schiedspruch einige kleine Verbesserungen bringt. Für die Porzellanindustrie ist der grundsätzliche, gesetzlich festgelegte Achtstundentag das Gegebene und auch in gesundheitlicher Beziehung das Höchste noch Tragbare. Wir können nicht eher zufrieden sein, bis wir wieder von jeder Sonderregelung mit Überstundenabkommen über die Arbeitszeit befreit sind. Unsere Kollegen in den Betrieben haben dieses stets in Verbindung mit der Verhandlung mit den Unternehmern klar zu machen.

Die Erklärung, ob die Parteien den Schiedspruch annehmen oder ablehnen, muß bis zum 7. Juni erfolgen. Wir haben also vorläufig noch Zeit; vor dem 7. Juni gilt die im Manteltarif verankerte Arbeitszeit.

Das besondere Abkommen (siehe Paragraph 5 des Manteltarifs) über die Arbeitszeit lautet nun folgendermaßen:

1. Die zurzeit bestehende 48stündige Wochenarbeitszeit wird grundsätzlich aufrecht erhalten.

2. Darüber hinaus kann der Arbeitgeber nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung in einzelnen Abteilungen, bezw. für einzelne Arbeiter, ferner, wenn es die betrieblichen Notwendigkeiten erfordern, für den ganzen Betrieb zulagsfreie Überstunden bis 6 Stunden für die Woche anordnen.

3. Überstunden, die darüber hinaus verlangt werden, bedürfen der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung und sind mit einem Zuschlag von 25 Proz. zu vergüten.

Ferien für die Arbeiterschaft.

Wer hat in früheren Jahren in der Arbeiterschaft Ferien gekannt, Ferien für die Arbeiter? Ferien, also Freizeiten unter Fortzahlung des Gehalts, waren üblich für Beamte und für einen Teil der kaufmännischen Angestellten. Arbeiter und Arbeiterinnen aber kannten keine Ferien. Sie kannten höchstens unfreiwilliges Ansehen der Arbeit in Krankheitsfällen oder bei Arbeitsmangel. Im ersteren Falle erhielten die Arbeiter in dieser Zeit eine, wenn auch nur geringe Unterstützung in Form von Krankengeld. Bei Ansehen aus Arbeitsmangel erhielten sie nichts.

Freizeiten waren diese Arten Freizeiten den Arbeitern und Arbeiterinnen nicht angenehm, ja, sie waren gefürchtet. Auch in der uns heute so häufig als bessere Zeit scheinenden Vergangenheit letzte ja die Arbeiterschaft fast allgemein nur aus der Hand in den Mund. Nur ein sehr kleiner Teil konnte im Laufe der Jahre zu machen und arbeitssame. Der längere Dauer als willkommene Gelegenheiten zum Ausruhen betrachten zu können. Die übrigen zitterten bei dem Gedanken an solche Zeiten, wie heute auch.

Erst die Erträge langjähriger Gewerkschaftsarbeit brachten auch zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen Ferien. Seit einer Reihe von Jahren sehen Tarifverträge Freizeiten unter Fortzahlung des Lohnes vor. Meist war die Anzahl der Ferientage nur sehr gering, beileibe nicht so groß wie bei den Beamten, und in der Regel war auch eine längere Tätigkeit im Betriebe Voraussetzung für Ferien. Aber mit dem Prinzip war doch gebracht, daß die Arbeiterschaft nur immer zu arbeiten hat, tagaus, tagein, Jahr für Jahr, ohne sich jemals einiger Tage Freiheit vom Arbeitsjoch erfreuen zu können. Selbst für Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Afford beschäftigt wurden, waren Ferien festgesetzt. In diesen Fällen wurde ein bestimmter Lohnzuschuss als Lohnsumme für die arbeitsfreie Zeit bezahlt. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind alt und grau geworden, ehe sie das erste Mal in ihrem Leben wirkliche Ferien gehabt haben. Die jüngeren Arbeitkräfte haben freilich auch diese Errungenschaft der Arbeiterorganisation und des organisierten Kampfes um bessere Lebens-

4. Das Effektiv Einkommen der Brenner darf nicht vermindert werden. Überstundenbezahlung erfolgt wie bisher.

5. Der für die staatlichen Manufakturen in Berlin und Nymphenburg notwendige Lohnausgleich für Zeilöhner ist betrieblich zu regeln, ebenso etwa notwendig werdende, aber bisher 1 hinausgehende Mehrarbeit und deren Bezahlung.

6. Diese Regelung kann mit 14tägiger Frist zum Monatsende, frühestens zum 31. Mai 1924, gekündigt werden.

Berlin, den 26. Januar 1924.

ges.: Dr. Caesar.

(Schiedspruch vom 26. Januar.)

Dazu kommen die im Schiedspruch vom 26. Mai nieder-gelegten Ergänzungen, wie sie vorstehend abgedruckt sind.

Europäische Krisenerscheinungen.

In den fünf Jahren nach dem Waffenstillstand war Europa von den heftigsten Krisen heimgesucht, die sich gleichzeitig auf die Politik, die soziale Bewegung und die Wirtschaft erstreckten. Auch heute findet sich Europa noch in diesem krisenhaften Zustand. Sind auch einzelne Krisenerscheinungen in manchen Ländern weniger heftig geworden, so steht dem die Dauerhaftigkeit der anderen gegenüber als Beweis dafür, daß die Gefahren, die dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben Europas drohen, nicht vorübergehende Erscheinungen sind. Die Ereignisse der letzten Wochen dürften dafür Beweis genug geliefert haben.

Die politische Krise, unter der Europa leidet, hat in der letzten Zeit eine geradezu tragische Wendung genommen. Für das Wohlergehen Europas wäre es notwendig gewesen, die europäischen Völker einander näher zu bringen, den Geist des Krieges und der imperialistischen Abenteuer zu bannen und die Völkerveröhnung in die Wege zu leiten. Im Laufe der Jahre sind aber einer solchen europäischen Politik eine Anzahl Hindernisse erwachsen. Deren erstes und wichtigstes war der französische Imperialismus, der in Millerand, Poincaré und dem nationalen Bloc seine Verkörperung fand und zur Vernichtung der deutschen Demokratie und Republik führte, dann aber die politische Lage Rußlands, dessen Fernhaltung vom übrigen Europa die politischen Verhältnisse desselben beständig bedrohte, endlich der Faschismus, dessen eingetragene Zielsetzungen gegen die oben gekennzeichneten Bestrebungen gerichtet waren. Die unheilvollen Wirkungen einer Weltreaktion, die von kapitalistischen Kräften, welche ihre Macht wiederzugewinnen strebten, geschürt wurde, haben Europa ständig in Unruhe gehalten. In der letzten Zeit erfolgte jedoch eine verheißungsvolle Wendung der europäischen Politik. Die Machtergreifung der englischen Arbeiterpartei war der Auftakt zu dieser Wendung, die in den kürzlich stattgefundenen französischen Wahlen, welche den nationalen Bloc der Reaktion zu Fall brachten, ihren Ausdruck fand. Zwischen diesen beiden Ereignissen standen andere verheißungsvolle Symptome in einer Anzahl europäischer Staaten, so in Belgien, Dänemark, Finnland, wo die sozialistischen und demokratischen Kräfte wesentlich zuzunehmen, ja sogar die Mehrheit erobern konnten. Die Anerkennung Rußlands seitens Englands und anderer Staaten war ebenfalls für die Veruhigung der europäischen Lage von großer Bedeutung. Trotzdem ist es aber Europa noch nicht vergönnt, in eine Periode politischer Ruhe einzutreten. Ohne die Lösung des deutschen Problems ist ein Ruhestand für Europa undenkbar. Das Gutachten der Sachverständigen hat, obwohl die dabei aufgestellten Forderungen wirtschaftlich erdrückend und sozial höchst ungerecht sind, die Lösung der Reparationsfrage in die Wege geleitet. Unter der Bedingung der unabwiesbaren Notwendigkeit wird das Gutachten ohne Zweifel von Deutschland angenommen werden. Daran kann die Hege der Reichsparteien nichts ändern, stehen doch auch diese unter dem gleichen Zwang, der eine Ablehnung des Gutachtens unmöglich macht. Trotzdem wird auch dies die politische Ruhe in Deutschland noch nicht herstellen. Der französische Imperialismus mit seinen unaufhörlichen Demütigungen für das deutsche Volk hat in Deutschland Kräfte geweckt und Strömungen ausgelöst, die sowohl den inneren wie den äußeren Frieden ständig bedrohen. Dies um so mehr, als Großgrundbesitz und Großkapital es vorzüglich verstanden haben, diese elementaren Kräfte des Nationalismus für sich einzufangen, mit ihren reichlichen Geldmitteln eine ausgebreitete Presse einzurichten und Propaganda zu entfalten und dadurch die kriegerischen Instinkte der Massen zu entfesseln und die deutsche demokratische Republik, welche den Frieden Europas verbürgen sollte, zu Grabe zu tragen. Die Ergebnisse der deutschen Wahlen, wie noch mehr das in seinem Machtbewußtsein aller Gesehe spottende Verhalten der extremen Nationalisten — wie es sich jüngst in Halle zeigte — haben diese Wendung offen an den Tag gelegt. So wird die politische Krise Europas — trotz der angeführten günstigen Wendungen — weiter anhalten müssen.

Die Wirtschaftskrise der europäischen Länder hat vielfach an Schärfe der Jahre 1921/22 eingebüßt; doch bestehen diese Krisenerscheinungen weiter fort und es treten auch neue hinzu. Die durch Inflation und Staatsdefizite hervorgerufenen Krisen sind in den meisten europäischen Ländern im Schwinden begriffen. Dagegen leidet eine Anzahl europäischer Länder

bedingungen als etwas ganz Selbstverständliches hingenommen, ohne daran zu denken, daß auch diese Einrichtung den Unternehmern abgetrotzt und nicht freiwillig von diesen geschaffen worden ist und daß, wie der Achtstundentag, auch die Ferien nur eine Dauereinrichtung sein werden, wenn die Arbeiterorganisationen dies erzwingen können.

Wie andere Errungenschaften der Arbeiterorganisationen, sind auch die Ferien in Gefahr. In zahlreichen Fällen sind sie den Arbeitern und Arbeiterinnen bereits genommen oder doch stark gekürzt worden. Die Gefahr, die Ferien zu verlieren, ist besonders groß, weil an Stelle der früher üblichen bezahlten Wochenlöhne die Bezahlung der Arbeitslöhne nach Arbeitsstunden oder nach der Stückleistung an Unannehmlichkeiten hat. Bei diesen Entlohnungsmethoden sind Ferien, also Freizeiten unter Fortzahlung einer Summe, die dem Arbeitsverdienst in dieser Zeit entspricht, viel schwerer durchzuführen als bei Wochenlöhnen. Bei Akkordarbeit oder bei Stundenlohn fällt ja selbst eine Bezahlung der gesetzlichen Ferien fort. Freizeiten, unter Vorfall einer Entschädigung, können bei solchen Ferien, und die Arbeiter und Arbeiterinnen können sich solche Freizeiten nicht leisten. Müssen sie gezwungen werden die Arbeit eine Zeitlang aufgeben, dann sind diese Zeiten keine Erholungszeiten; sie erfüllen also nicht den Zweck von Ferien.

Es wäre bedauerlich, wenn diese erst in den Entwicklungsstadien vorhanden gemessene Einrichtung auch in den fortgeschrittenen Stadien fallen würde, die mit der Begründung: „nur Arbeit kann uns retten!“ und „jurid. zur Einfachheit und Sparbarkeit!“ den Verzicht auf alles, was die Arbeitskraft erhalten und das Leben verschönern hilft, von der Arbeiterschaft verlangt, ohne andere Volksschichten als in dieser Beziehung zu gleichem Verzicht verpflichtet zu betrachten. Da nicht darauf zu rechnen ist, daß die bestgestellten Volksschichten und das Unternehmertum den Arbeitern und Arbeiterinnen freiwillig ein Recht auf Leben und Wohlergehen zugestehen, so muß die Arbeiterschaft ihre Organisation so gestalten, daß sie sich dieses Recht erkämpfen und sichern kann.

Gertrud Hanna.

unter der Krise dank der Stabilisierung des Geldwertes; die infolge der Verarmung der europäischen Völker entstandene Kaufkraftkrise besteht weiter. Mit dieser beiden geht eine Preiskrise einher, die die Waren sowohl für den inneren Verbrauch wie für die Ausfuhr unverkäuflich macht. Dazu sind noch Agrar- und Rohstoffkrisen hinzugezogen.

Die Stabilisierungskrise erscheint in verschiedenen Gestalten: als Preiskrise, indem die Produktionskosten sich erhöhen, die inneren Kreise die Weltmarktpreise erreichen oder — da die übrigen Staaten inzwischen ihre Produktionskosten zu verbilligen vermochten — über dieselben hinausgehen als Krise des Arbeitsmarktes, wenn der Beschäftigungsgrad infolge Niederganges des Verbrauches am inneren Markt über der Ausfuhr sinkt; als Geld- und Kreditkrise, indem dank der Preiserschöpfung und den unvermeidlichen Kreditbeschränkungen der Notenbank, die auch zu Staatszwecken keine Noten mehr drucken darf, eine ungeheure Knappheit an Zahlungsmitteln entsteht; als Krise des Effektenmarktes, wo die Kurse der Aktien infolge der Geldknappheit gewaltig zurückgehen und die größten Verdrückungen der Besitzverhältnisse verursachen. Eine Anzahl europäischer Länder verspürt gegenwärtig die Wirkungen dieser Krisenerscheinungen, wenn auch jeweils die eine oder die andere Form überwiegt. Frankreich leidet gegenwärtig insbesondere unter der Preiskrise infolge der Erhöhung der Weltmarktpreise, Deutschland unter einer Preis- und Kreditkrise in Österreich herrscht die Krise der Geldknappheit und der Arbeitsmarktes, in der Schweiz und in Ungarn eine Kreditkrise, in Polen eine Krise des Beschäftigungsgrades. Die Krise des Effektenmarktes wütet in Deutschland, Österreich und Ungarn. Es liegt in den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder, welche Art der Krise gerade dort vorherrschend ist. Der Wahlausgang in Frankreich wurde unter anderem auch von der Preiskrise beeinflusst. Poincaré konnte zwar die Erholung des Frankens, nicht aber einen dieser entsprechenden Preisabbau am inneren Markt erreichen, und die Teuerung hat ihm viele Stimmen gekostet. Dank seines Dumping-Systems führte in Frankreich die Teuerung nur zur Einschränkung des inneren Verbrauches. In Deutschland und Österreich führte dagegen die Preisentwicklung zur Verminderung der Umsätze und darum zur anbauwürdigen Verschlechterung ihrer Handelsbilanzen. In Polen herrscht dank der Stabilisierungskrise eine ungeheure Arbeitslosigkeit, die freilich auch in den anderen, von der betreffenden Krise betroffenen Ländern — mit Ausnahme Frankreichs — sehr hoch ist. Die Geldknappheit hat der Spekulation einen Anlaß zu bieten vermocht wie die Geldentwertung. Die enormen Zinskäufe für das Geld rufen die Spekulation zur Steigerung der Geldnot in den erwähnten Ländern beizug. Die Krise des Effektenmarktes — die Aktienkursen gingen auf die Hälfte bis ein Drittel ihres Vorkriegswertes zurück — hat zur weiteren Entwertung des Mittelstandes und zur Konzentration des Kapitals in den Händen von wenigen geführt. In der Kredit- und Geldkrise trat die vollkommene Unzulänglichkeit des kapitalistischen Kreditwesens zutage. Die Notenbanken haben überall versagt, indem sie die Kredite nicht an die wirtschaftlich berechtigten Stellen zu lenken vermochten während die privaten Geldgeber, die Banken und Geldmagazine zur Verschärfung des Geldnot der Wirtschaft und der Erhöhung der Produktionskosten in vollem Maß beitrugen. — Es ist ferner die Agrarkrise, die sich in dem Mißverhältnis der Preise für landwirtschaftliche Produkte zu denen für Industrie- und Rohstoffe kundgibt, und die Rohstoffkrise, die besonders in dem Mangel an Baumwolle in Erscheinung trat, zu erwähnen. Erstere führte besonders in Deutschland, Österreich, England und Rußland zu verschiedenen Schwierigkeiten unter letzterer leiden sämtliche Textilindustrien Europas; England, Deutschland, Belgien, die Tischschloßwerke usw. Infolge dieser Krisen der Landwirtschaft und der Industrie haben sich schmerzlichen Bewegungen sowohl für Agrar- wie für Industriezweige neue Kraft erhalten. Österreich und Ungarn dürften bald in die Reihe der Staaten mit Hochschulden treten, zum großen Schaden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker.

Die soziale Krise der letzten Zeit läßt sich aus der geschichtlichen politischen und wirtschaftlichen Lage ableiten. Treffen politische Reaktion und Wirtschaftskrise zusammen, wie dies in Deutschland und Ungarn der Fall ist, so sind der sozialen Reaktion keine Schranken gesetzt. Es ist schon viel, wenn es der sozialen Bewegung gelingt, einige der schlimmsten Angriffe abzuwehren. Im übrigen sind Anschläge der Verzeigerung unter dem Einfluß des Hungers und der Vergewaltigung an der Tagesordnung. Die Ausperrung der deutschen Bergarbeiter und der Streik im ungarischen Bergbau sind bezeichnend dafür. Wo die politische Lage der Arbeiterschaft günstiger, die wirtschaftliche Lage des Landes aber schwer ist, gilt der soziale Kampf der Abwehr, beziehungsweise der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit, wie in Österreich, in der Schweiz und Polen. In England ringen die politisch aufstrebenden Massen um die Wiedergewinnung der während der Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise herabgesetzten anständlichen Löhne. Die großen Auseinandersetzungen im Bergbau und in der Baugewerbe sind die wichtigsten Punkte in diesem Kampf. Im ersten Quartal des laufenden Jahres konnten die Arbeiter verschiedener Industrien ihre Reallohnne beträchtlich verbessern. In den Ländern, wo die Stabilisierungskrise die geschichtlichen mit-

Die Macht der Presse. Ernst Waldmann hat ausgerechnet, daß die Zeitungen Frankreichs ihren Lesern jährlich einen Stoff bieten, der rund 20mal größer ist als der aller jährlich erscheinenden Bücher zusammen. Das Verhältnis der Zeitungen zu den Büchern ist für Deutschland nicht bekannt, doch dürfte es im großen und ganzen ähnlich sein. Und ähnlich ist auch im besonderen das Verhältnis der proletarischen Presse zu den Büchern aus dem Gebiete der proletarischen Bewegung. Damit ist auch die Gewerkschaftspresse ein Kulturfaktor allerersten Ranges, dessen Wert noch vergrößert wird, wenn jeder einzelne im Blatt, statt es als Makulatur zu gebrauchen, regelmäßig auch Lesen weiter gibt an die, für die es von aufläuterndem Werte ist.

Zur Lösung der Arbeiterfrage hat der Professor der Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik an der Universität Budapest, Dr. Bela Kolbes, ein 420 Seiten starkes Werk geschrieben, in dem er letzten Endes die Gewinnbeteiligung als geeignetes Mittel zur Lösung des Problems empfiehlt. Kolbes meint, daß das System der Gewinnbeteiligung noch in den Kinderschuhen steckt und weiter ausgebaut werden kann. Darum will der Verfasser auch den ganzen Produktionsmechanismus der kapitalistischen Gesellschaft beibehalten. Dabei ruft sich Kolbes eigenartigerweise „us Marx, während Marx aber ausdrücklich verlangt hat, daß innerhalb einer bestimmten Wirtschaftskategorie die Produktions- und die Verteilungsverhältnisse ein Ganzes bilden müssen. Das Buch ist typisch für die ganze Stellung der bürgerlichen Wissenschaft zur „Arbeiterfrage“. Das Problem ist drüben nur die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter ohne jeden großen Gedanken dahinter. Satt kann der Mensch allerdings schließlich auch durch diese und jene Reformen werden. Aber das Satten ein Allein dem Proletariat nicht. Es will mehr. Es will eine Ordnung der Gemeinschaft, damit das Wirtschaftsleben auch einen sittlichen Charakter hat und der Mensch nicht für Geld, sondern für Würde und Freiheit. Und dieses sittliche Ideal einer Arbeitswelt ist auch das letzte Ziel unseres Gewerkschaftskampfes gegen den Kapitalismus. Es ist somit eine durchaus revolutionäre Gedankenwelt, und wer da mit dieser oder jener „Lösung der Arbeiterfrage“ kommt, der hat das tiefste Wesen der proletarischen Abenteurer nicht erfaßt.

schwierigkeiten verursachte, hat der Abbau der We-
rten, insbesondere aber der Privatangehörigen, ungeheure Aus-
maße angenommen und ist zu einem äußerst schwierigen so-
zialen Problem geworden. Die Unterbringung dieser Kräfte in
der Produktion kann im verarmten Europa nur durch radikale
Veränderung der Politik und Wirtschaft erzielt werden. A. S.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland.

In der andauernden Krise des Kreditmarktes enthüllt sich
die wahre Gesicht der deutschen Wirtschaftskrise. Die
Krise der Inflation bedeutete eine günstige Konjunktur, die, wie
in Konjunkturzeiten gewöhnlich zu geschehen pflegt, zu Ver-
kehrssteigerungen und zur Errichtung neuer, wirtschaftlich oft
überflüssiger Betriebe führte. Die Flucht vor der Mark in
die Sachwerte hat diesen Prozess gewaltig gesteigert. Durch
die Flucht sind aber die Unternehmungen „immobil“ geworden,
d. h. sie verfügen über kein Betriebskapital. Aus
den laufenden Erparnissen können die nötigen Betriebskapi-
talen nicht rasch und unter Umständen überhaupt nicht heraus-
gewirtschaftet werden. Kredite aber, die das fehlende Betriebs-
kapital liefern sollen, sind nicht vorhanden. Die Reichsbank,
die kurzzeitig die einzige Quelle neuer Kreditschöpfungen
war, kann mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Währung
keine neuen Geldmittel für die Wirtschaft nicht mehr hergeben,
d. h. eine Politik der Geldbeschränkungen treiben. Die
Privatbanken können, um ihre Liquidität nicht zu gefährden,
eine neuen Kredite schöpfen und nur die ihnen in Form von
Depositen zur Verfügung stehenden Beträge ausleihen. Die
Bildung von Depositen war während der Zeit der Geldentwer-
tung unmöglich, ging aber auch seit der Stabilisierung der
Währung, zum guten Teil durch die Schulden der Banken, welche
eine entsprechenden Zinsen für die Depositen vergüten wollten,
nicht vorwärts. Der Kreditmangel ließ die Zinsen für den
Kredit ins Ungemessene steigen. Allererste Firmen müssen einen
Zins von 35 bis 40 Proz., andere Kreditnehmer 70 bis 100 Pro-
zent, wenn sie überhaupt Geld bekommen. Diese enormen
Zinsen sind auch der Angst vor neuerlicher Geldentwertung zu-
zuführen und enthalten daher eine hohe Prämie für Valuta-
risiko. Die fälligen Darlehen werden nach ihrer Fälligkeit nicht
erneuert, und so werden unzählige Existenzen ins Verderben
geführt.

Wir werden damit vertriebt, daß dieser Zustand auch zu
dem Gefährdungszustand der Wirtschaft gehöre, indem
die ungelungenen Auswüchse der Inflationen Wirtschaft jetzt aus
dem Wirtschaftskörper ausgemerzt würden, während die ge-
unden Unternehmungen bestehen blieben. Ist dem wirklich
so? Hat nicht vielmehr der volkswirtschaftliche Schriftsteller
Ludwig v. Mises in der Zeitschrift „Die Welt“ von einer
Kapitalabgabendeckung rehet und sagt, daß heute trotz brüderlichen
Kapitalmangels Geld für jeden, selbst für den abenteuerlichsten
Weg da ist, sofern nur ungeheure Zinsen und Gewinnbeteili-
gung zugesichert werden; daß eine Auslese der Kredit-
nehmer in der Tat stattgefunden hat, aber im schlechten Sinn,
daß Kapital wird entweder rein zu Konsumzwecken verwirt-
schaftet oder in Unternehmungen ohne innere Lebensfähigkeit
angewandt und zwecklos aufgezehrt. Ja, es gibt Geschäftleute, die
nicht absehbare Waren herstellen oder verkaufen, welche an-
sichts der dank der niedrigen Löhne außerordentlich großen
Spanne zwischen Gestehungspreis und Marktpreis ihre Betriebe
noch erweitern, wodurch Kapitalien, die sonst bei den Banken
deponiert und von diesen weiterzuleihen haben, für die übrige
Wirtschaft verlorengehen. Große volkswirtschaftlich wich-
tige Unternehmungen, wie die Westdeutschen Stahlwerke, die
Kaiserliche Kupferwerke, können ihre Betriebe nicht weiter-
führen. Zehntausenden von Arbeitern droht die Arbeitslosigkeit.
Dagegen herrscht auf der Börse, wo Effekten gehandelt werden,
wieder eine große Geldflut. Ungachtet der sonst allge-
mein herrschenden Kreditnot — schreibt „Die Welt“ — ist heute
in der Börse kurzfristiges Geld überreichlich zu haben. Auch
die Zinssätze auf diesem Gebiete sind in der letzten Zeit we-
sentlich zurückgegangen. Die Ueberfremdung der Aktien, deren
Kurse in den letzten Monaten gewaltig gesunken sind, hat jetzt
wieder große Fortschritte gemacht, die Aktienpakete wandern
nach dem Ausland und insbesondere nach England, der Aus-
land Deutschlands an das ausländische Kapital nimmt keinen
Vorsprung. Infolge dieser beträchtlichen Auslandskäufe haben
sich die Kurse der Aktien wieder erhöht, wenn sie auch immer
noch äußerst niedrig sind. Die Lage des Geld- und Kapital-
marktes wird noch durch die Ende Mai aus der Frankfurter
Börse fallenden Verbindlichkeiten weiter verschärft. Das neuer-
liche Sinken des Frankfurter Kurses kann nur wenig Erleichterung
bringen.

Die notwendige Anpassung der Preise an die Ab-
nahmefähigkeiten hat endlich begonnen, vorerst aber nur im ge-
ringen Maß. Sie sollte bei der Kohle ihren Anfang nehmen,
was aber schon infolge der Mäckerträge und des Bergarbeiter-
streiks nicht möglich war. Auch sind die Eisen- und Stahl-
preise äußerst hoch. In der Textil- und Lederindustrie, beson-
ders in der letzteren, scheint ein kleiner Preisabfall eingetre-
ten zu haben. Die Lebensmittelpreise sind ebenfalls etwas gesunken.
Bestände des Groß- und Kleinhandels müssen infolge des Geld-
mangels oft zu ermäßigten Preisen abgesetzt werden. Die Reichs-
bankgeber für Lebenshaltungskosten verzeichnet am 23. Mai
einen Ende März zum ersten Male eine geringe Abnahme (um
0,9 Proz.). Der Preisrückgang reicht aber zur Ermöglichung
einer Ausfuhr nicht aus. Auf der Kölner Messe sind auslän-
dische Bestellungen infolge der hohen Preise gänzlich ausge-
fallen. Auch die Tragfähigkeit des inneren Verbrauchs geht
zur Neige. Infolge der Geldknappheit gehen auch die Ein-
nahmen zurück, die Devisenanforderungen sinken, da die Impor-
teure das zur Deckung benötigte Geld nicht haben.

Die Aussichten des Arbeitsmarktes sind infolge der geschil-
derten Vorgänge sehr ungünstig. Die Auswanderung,
die 1923 bereits sehr hoch war — 115 416 Personen sind aus-
gewandert gegenüber 25 843 im Jahre 1914 — nimmt besonders
unter den Angehörigen große Ausmaße an. Die Reallohn-
e sind immer noch um ein Viertel niedriger als vor dem Krieg.
Im Durchschnitt betragen sie in der letzten Zeit in acht füh-
renden Industrien für gelernte Arbeiter 28,16 Mt. pro Woche,
bei den großen Konzernen 24,56. Einige Arbeitskämpfe, wie
der große Streik der Werftarbeiter, der 13 Wochen andauerte,
der Streik in der Badischen Amaliansindustrie, in der Mannheimer
Metallindustrie, wurden beendet, andere, in der Bau- und
Politurindustrie, sind noch im Gange. In all diesen Bewegungen
kommt der starke Wille der Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer
Rechtslage bei der Arbeitszeitverlängerung zum Ausdruck. Sie
ist bereit, mehr zu leisten, ja, auch länger zu arbeiten, der Wirt-
schaftsentlastung muß aber anerkannt und die Verlängerung als Neben-
leistung bezeichnet werden, die nur als Ausnahme besteht.
Die Preissteigerung im Bergbau mit ihren schweren Folgen
für die Wirtschaftlichen wurde ebenfalls im Zeichen dieses
Grundprinzips durchgeführt. Bei all diesen Kämpfen ergaben
sich durch die Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Unter-
nehmer so große Verluste für die Volkswirtschaft, daß sie durch
Ueberstunden in absehbarer Zeit nicht ausgeglichen werden
können.

Geschichtliches aus einer großen Zahlstelle.

(Schluß.)

Das Jahr 1898 führte dem nunmehr in die Reihe der
Freien Gewerkschaften eingetretenen Verband
der Porzellan- und verwandten Arbeiter, der
seinen Ansehens an die Generalkommission der Ge-
werkschaften Deutschlands vollzogen hatte, weitere
Erfolge durch die Uebernahme der Mitglieder des Ber-
liner Malerverbandes zu. Auch die Zahlstelle Kahlta profitierte

von diesem Zuwachs. Hinzu kam noch, daß sich auch Kollegen
zu der Zahlstelle gesellten, die bislang in dem „Magdeburger“,
später „Selber Dreherverband“ organisiert waren. Binsly
war es, der der Zahlstelle zuerst den Kampf anlagte. Nicht nur,
daß er dieselbe mit dem ganzen, ihm persönlich eigenen Maß
verfolgte, indem die Vorstehenden prompt nach jeder Wahl ge-
mahregelt wurden und alle übrigen Kollegen, von denen bekannt
war, daß sie Mitglieder des Verbandes waren, die widerlichsten
Schikanerungen ertrugen mußten, bei denen sich der ganze
Stab von Antreibern als willige und getreue Frivolone ihres
Herrn erwiesen und auch die übrigen Streiber und Hunden-
naturen unter den Kollegen ihr Bestmöglichstes leisteten, son-
dern er glaubte auch das Maß der Entwicklung aufhalten zu
können dadurch, daß er der Verbandsbewegung ein Veto ent-
gegensetzte in Gestalt des unrühmlichst bekannten „Zwa-
biger“. Drei Dreherkollegen gaben zu dieser Gründung
allerdings den ersten Anlaß: In einer Versammlung der
Dreher, soweit diese Mitglieder des „Magdeburger Verbandes“
waren, wurde der Wert dieser Organisation und auch Zweck
und Ziele des „Berliner Verbandes“ besprochen. Das Er-
gebnis dieser Aussprache war ein Beschluß, aus dem „Magde-
burger“ auszutreten und sich dem „Berliner“ anzuschließen.
Und zwar wurde dieser Beschluß einstimmig gefaßt. Die
drei vorerwähnten Dreher überbrachten diesen Beschluß noch am
selben Abend dem Direktor Binsly nach Meper's Restaurant.
Binsly berief am nächsten Tage eine Versammlung der „Magde-
burger“ ein, um den Beschluß des Uebertrittes rückgängig zu
machen. In der Diskussion erklärte Binsly, daß er dafür
sorgen würde, daß die Betriebsleitung jährlich 500 Mark aus
der Betriebskasse in die Kasse des „Dreherverbandes“ zahlen würde,
wenn ein solcher gegründet würde. Es wurde eine Abstimmung
vorgenommen mit der ausdrücklichen (eigentlich selbstverständ-
lichen) Verpflichtung, daß sich die Minderheit der Mehrheit zu
fügen habe, wie auch immer das Ergebnis der Abstimmung
ausfallen würde. Von 120 Kollegen stimmten 76 für den An-
schluß an den „Berliner Verband“, während 44 dagegen waren
und 10 nicht abstimmten. Die 34 Gegner fügten sich der Demo-
kratie nicht, sondern sie nahmen die Zwangsmaßnahmen von Binsly
und veranfaßten damit ihr Erstgeburtsrecht für dieses Ein-
seitiger: sie gründeten den „Zwabiger“. (Nach dem kleinen
Dörfchen Zwabitz, das einsam und fern ab vom Verkehr oben
in den Bergen bei Kahlta liegt, benannt.) Die 500 Mk. wur-
den von der Betriebsleitung auch einige Jahre wirklich gezahlt
und jedes Jahr bei irgendeiner „wichtig“ erscheinenden Ge-
legenheit an die „Zwabiger“ verteilt. Aber der Erfolg blieb
doch zunächst aus: die Mitgliederzahl blieb auf die paar Jubas
beschränkt und der Betriebsleitung wurde es doch zu bumm,
dieser Handvoll Verräter jährlich die schönen 500 Markter ohne
Gewinn zu opfern. Die Geister wurden mobilisiert: es setzte
eine großartige Agitation für das Schicksal der Zwabiger ein,
alles mußte mit helfen, den Karren vorwärts zu schieben, und
Direktoren, Antreiber und Speichellecker wetteiferten nun förm-
lich miteinander; jeder wollte täglich mindestens einen Stalp
vom „Berliner“ in den Wagnis des Hauptlings der „Zwa-
biger“ bringen. Eine Beispielung und eine Ange-
berei setzte ein, wie sie wohl selten anderswo zu verzeichnen
gewesen sein wird. Der eigentliche „Zwabiger“, wie ihn sich
Binsly vorgestellt hatte, kam nun erst zustande. Die Direktion
war in den Versammlungen stets vertreten und repräsentierte
bei Abstimmungen 1/2 der Stimmen, das zweite Drittel hatten
die „Ober“ und den Rest die „Mitglieder“. Ein Direktions-
mitglied leitete stets die Versammlungen, in denen natürlich das
„innige Verhältnis“ zwischen Betriebsleitung und Arbeiterchaft
gefestigt wurde, dagegen selbstverständlich von Verbesserung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen kein Wortchen zu hören war.
Mancher brave und ehrliche Kollege mußte damals gegen sein
Gewissen und gegen seine Ueberzeugung handeln und seinen
Beitritt zum „Zwabiger“ vollziehen, um nur Ruhe und Arbeit
zu behalten. Viele haben doppelte Opfer gebracht, indem sie
der Gewerkschaft die Treue hielten und Beiträge zahlten und
sich auch Beiträge für die Sumpfpflanze vom Lohn abziehen
lassen mußten, worüber so manchem das Herz blutete. Aber
allen Gewalten zum Trotz erhielt sich nicht nur die Zahlstelle
des „Berliner Verbandes“, sondern sie krieg ungenau, aber
sicher aufwärts. Lange Jahre hindurch war sie die größte
Zahlstelle im Verbande und die Verbandsleitung in
Berlin (später in Charlottenburg) ließ es sich nicht nehmen,
anlässlich der Zahlstellentagungsfeste „der größten Zahl-
stelle des Verbandes die besten Wünsche und eine wei-
tere glänzliche Entwicklung“ zu wünschen. Als Binsly mit
dem Tode abging, hatte die Zahlstelle bereits das erste halbe
Jahrhundert von Mitgliedern überschritten. Sein Nachfolger
Kohler zeichnete sich nur durch noch fanatischeren Haß gegen
die freie Gewerkschaft aus. Als im Februar 1912 die große
Ausperrung kam, deren Veranlassung bekanntlich die Bewe-
gung in den Schornsteinwerken Teltow, Koblau usw. war, war
Kohler Generaldirektor in Kahlta. Mit Ingrimem erinnerte sich
alle damals von der Ausperrung betroffenen Kollegen der
Brutalität und des Hasses, den dieser Mann in dieser Bewe-
gung an den Tag legte. Als es in Hof zu Einigungsverhand-
lungen kam, wurde auch durch die Verhandlungskommission
unseres Verbandes die grundsätzliche Anerkennung des Ver-
bandes durchgesetzt. Wie sich Kohler diese Anerkennung dachte,
dafür ein Beispiel: Am 25. März 1912 sollte die Ausperrung
vereinbarungsgemäß beendet sein und alle an derselben betei-
ligten Kolleginnen und Kollegen, je nachdem es die betriebs-
technischen Möglichkeiten zuließen, sofort oder nach und nach
wieder eingestellt werden. Dies wurde der Zahlstelle durch Gil-
brief von der Verbandsleitung am 24. März mitgeteilt. Am
Vormittag des 25. März berief die Zahlstellenerwaltung noch
einmal eine Versammlung nach dem „Hosengarten“ ein, die
selbstverständlich überfüllt war; denn während der Ausperrung
war die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf 760 gestiegen. 50 000
Mark waren an Streikunterstützung zur Auszahlung gekommen.
Am Sonnabend, den 23. März, schon hatte die Betriebsleitung
Aufforderungen an verschiedene Kollegen hinausgehen lassen,
daß sie sich am Montag, den 25. März, zur üblichen Zeit zur
Arbeit melden sollten. Dies glaubten die betreffenden Kollegen
ablehnen zu müssen, weil ein Versammlungsbeschluß das ver-
boten hatte. Eine Kommission von drei Mitgliedern, bestehend
aus den Kollegen Johann Kropf, Dreher, Fritz Reichert, Maler,
und dem Schreiber dieser Zeilen als Vorsitzender der Zahl-
stelle, sollte vorstellig werden, um die Wiedereinstellung der
Ausperrten mit Kohler zu regeln. Die Versammlung blieb
so lange beisammen, bis die drei Kollegen zurückkamen, um über
das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Kohler ließ
diese zunächst ewig warten, und als er sich endlich nach einstim-
migem Besinnen „gütig“ dazu bequeme, die Tür seines
Arbeitszimmers zu öffnen, ließ er nicht etwa die Kommission
eintreten, sondern nur den Kollegen Kropf. Den Zahlstellen-
vorstehenden kenne er nicht, wie er auch den Kollegen Reichert
nicht kenne, dieser sei ja entlassen. Und mit einem Ver-
bande habe er überhaupt nichts zu tun! So sah
für diesen Mann die in Hof erzielte Vereinbarung über die
Anerkennung der Organisation aus. Ein fürchterliches Straf-
gericht brach über die Kollegenchaft herein. Viele wurden ge-
mahregelt und mußten entweder andere Beschäftigung ergreifen
oder den Wanderstab in die Hand nehmen. Und dem „Zwa-
biger“ strömten die Mitglieder nur so zu; die Mitglieder-
ziffer der Zahlstelle sank täglich. Am Schlusse des Jahres 1912
waren noch 306 Mitglieder zu verzeichnen. Das Jahr 1913
schloß ab mit einem Mitgliederbestand von 368 und das
2. Quartal 1914 wies eine weitere Steigerung der Mitglieder-
zahl auf, die 400 war bereits wieder überschritten. Kohler
war inzwischen auch in das Grab gestiegen und hatte seinen Haß
gegen die Organisation mit hinabgenommen, aber die Zahlstelle

lebte noch und entwickelte sich wieder stetig aufwärts. Diese
Aufwärtsbewegung wurde durch den Kriessensbruch jäh unter-
brochen. Ihren niedrigsten Mitgliederstand wies die Zahlstelle
am Schlusse des 1. Quartals 1918 auf, nämlich 150, darunter
65 weibliche Mitglieder. Ueber 200 waren zum Militärdienst
eingezogen, von denen 42 nicht wieder zurückkehren konnten, um
den gewaltigen Aufstiege der Zahlstelle mit zu erleben. Ihrer
sei heute nochmals ehrend gedacht, denn alle, die draußen für
die kapitalistischen Interessen: ihr Leben ließen, waren treue
und brave Mitstreiter für die Arbeiterklasse.

Nach Beendigung des Krieges stand zunächst die Entwic-
lung still, weil durch die geringe Arbeitslosigkeit kein Zu-
strom zu der Zahlstelle erfolgen konnte. Aber dem natürlichen
Zugang der aus dem Felde Zurückkehrenden bzw. vom Seeres-
dienst Entlassenen, soweit sie dem Weg zur Organisation wieder
suchten, waren keine Zugänge zu verzeichnen. Erst Mitte 1919
setzte eine lebhaftere Aufwärtsbewegung ein. Am Schlusse dieses
Jahres zählte die Zahlstelle bereits 341 Mitglieder. Am
1. April 1921 mußte ein Kräftiger hauptamtlich angestellt wer-
den, da die Mitgliederzahl bereits anderthalb Tausend über-
schritten hatte. Kollege Wühl, der die Kassengeschäfte der
Zahlstelle 26 lange Jahre vorbildlich geführt
hatte, konnte diese wegen ihres Unsauges unmöglich ehren-
amtlich weiter verrichten; an seine Stelle trat der Schreiber
dieser Zeilen.

Die letzten innen- und außenpolitischen Ereignisse, sowie
auch die fürchterliche Währungs- und Inflationskatastrophe und nicht minder die
Zerstörungswut der phrasendrehenden Weltverbesserer sind
selbstverständlich nicht spurlos an der Entwicklung der Zahl-
stelle vorübergegangen. Aber zu erschüttern vermochte bis zur
Stunde die Geschlossenheit der Zahlstelle noch nichts. Die
bessere Einsicht und die Erkenntnis der Kahltaer Kollegenchaft
ist Sieger geblieben. Ihr ist ja Anschauungsunterricht über
den Wert der Geschlossenheit genügend erteilt worden, und sie
mußte durch eine harte Schule in den 40 Jahren hindurchgehen.
Von den Gründern des „Dreherverbandes“ weiß keiner mehr unter
uns, sie alle bedt bereits der kühle Regen. Ueber 43 Mitglieder
zählt die Zahlstelle, die über 25, zum Teil über 30 Jahre das
Banner der Organisation hochhielten, und denen wir von ganzem
Herzen wünschen, daß es ihnen vergönnt sein möge, das
erste Halbjahrhundert des Bestehens der Zahlstelle mit zu er-
leben. Sie alle werden allen den Kleingeldigen und Wandel-
mütigen weiter leuchtende Vorbilder bleiben und weiter das
Organisationsbanner in allen Stürmen vorantreiben.

Wir können uns der freudigen Hoffnung hingeben, daß die
Zahlstelle Kahlta ihre Krisis überwinden hat, wenn von einer
solchen gesprochen werden soll. An Mitgliedern hat sie nur
die einsehliche, die aus reinen persönlichen, egoistischen Gründen
faulenflüchtig wurden und die durch die Versprechungen und
Verlockungen des Unionsagitators Boegner abtrümmigt wurden,
zum allergrößten Teile aber wieder zurückgekehrt sind, so daß
die Zahlstelle noch immer 1800 Mitglieder zählt.

Haben die Gründer des „Dreherverbandes“ vor 40 Jahren auch
etwas anderes gemollt, wie es die Entwicklung gebracht hat, so
sind wir ihnen doch immer dank schuldig, daß sie den Grund
gelegt haben zu dem stolzen Bau der Zahlstelle. Und diese
Dankeschuld tragen wir am besten dadurch ab, daß wir uns
geloben, reiflos und unermüdbar tätig zu sein für den Ausbau
der Zahlstelle und des gesamten Verbandes. So sind diese
Zeilen eine Erinnerung für die Alten und ein Ansporn für die
Jungen. Mögen beide in edlem Wettstreit das hohe Ziel er-
streben: vorwärts und aufwärts! „Wo der Geist ohne Furcht
ist, wo das Haupt man hoch trägt, wo Erkenntnis frei ist, wo
die Welt nicht zum Bruchstück von engen häuslichen Mauern
zerbrochen wird, wo die Worte aus Tiefen der Wahrheit
kommen, wo unermüdet das Streben den Arm zur Vollkommen-
heit ausstreckt, wo der klare Strom der Vernunft seinen Weg
nicht verliert in dem trockenen Sand der Gewohnheit, wo der
Geist, von dir geleitet, zu immer sich weitendem Denken und
Handeln geführt wird: In diesem Himmel der Freiheit laß,
Vater, mein Land zu erwachen!“ Diese herrlichen Worte des
indischen Dichters Rabindranath Tagore seien uns Leitstern auf
unserem Wege zum Ziele. Darum, Kolleginnen und Kollegen,
frühauf zur fröhlichen Fahrt ins fünfte Jahrzehnt!

Wieder ein Parteirundschreiben.

Die Stelle für Erzeugung geheimer kugnerischer Rund-
schreiben im „oppositionellen“ Lager hat wieder ein Produkt an
ihre Vertrauensmänner geschickt und zu einem allgemeinen Pro-
testrummel aufgefordert. Diesmal hat sich die Firma in Reichs-
fraktionsleitung der Opposition der Porzellanarbeiter mit dem
bekanntesten Mann der KPD-Zentrale, Stürmer, geänbert. Das
Rundschreiben läuft unter Hinweis auf die von uns in Nr. 14
der „Ameise“ veröffentlichten Rundschreiben des Zentralkomitees
zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Einheit, Gruppe Chemie,
Abteilung Porzellanarbeiter, an die Lage an, die Opposition
solle aus dem Verbande ausgeschlossen werden. Die Betonung
Wollmanns und seiner Anhänger, sie hätten nicht daran, Aus-
schlüsse vorzunehmen, sei nur ein demagogischer Kniff, heißt es
darin. Dann wird eine Angelegenheit Schlater aus Berliner
Zahlstellensammlungen und aus Hauptvorstandsitzungen,
natürlich in keiner Weise der Wahrheit entsprechend, geschildert
und dabei die Hauptvorstandsmitglieder namentlich angeführt,
die für den Ausschluß Schlaters aus dem Verband stimmten.
Dabei wird die lügenhafte Behauptung eingeschoben, der Aus-
schluß bedeute eine politische Maßregelung. Die Reformisten
wollten dadurch dokumentieren, daß innerhalb der Organisa-
tion nur eine sozialdemokratische Politik getrieben werden dürfe,
und daß der Verband nur eine Zweigvereinerklärung der sozial-
demokratischen Partei sei. Mit dem Ausschluß werde der An-
fang zur Spaltung des Verbandes gemacht. Neue Ausschüsse
„Oppositionellen“ wurden ferner verpflichtet, als Zahlstelle, durch
Delegierte, Telegramme und Gilbriefe die Beitragskonferenz zu
beeinflussen, damit der Ausschluß rückgängig gemacht werde.

Eine Notiz ähnlichen Inhalts, nur gespickt mit fastigeren
„Geistesprodukten“, erschien am 14. Mai, also nach der Sitzung,
im „Thüringer Volksblatt“, Nr. 60, von Göttha. Im blinden
Eifer hat das Blatt ganz übersehen, daß die Zeit zum Protest-
rummel schon drei Tage überschritten war.

Von diesem Rundschreiben Nr. 6 hatte sich Schlater anrei-
nend eine kolossale Wirkung versprochen, denn gleich nach Be-
ginn der Weiratsitzung am 11. Mai erschien er plötzlich im
Sitzungsraum, in der Hoffnung wahrlich auf die oppo-
sitionellen Delegationen, Telegrammstöße und Gilbriefpakete, und
erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nachdem die
Sitzung ausgeföhrt war, zog sich der große Oppositionsgebieter
spurlos zurück.

Die Sache Schlater soll nach dem, was man in der darau-
folgenden Berliner Zahlstellensammlung erfahren konnte, an
die Beschwerbekommission nach Eisenberg gehen. Aber außerdem
konnte aus einigen Sätzen einer abgelehnten Replikation
entnommen werden, daß die sogenannten Oppositionellen im
Porzellanarbeiterverband aufgefordert werden sollen, eine
außerordentliche Porzellanarbeiterverbandsgeneralsammlung
wegen des Ausschlusses von Schlater zu verlangen.

Dazu ist zu sagen, daß es eine unverzeihliche Verschleu-
bung von Verbandsgroschen bedeuten würde, wenn wegen eines
Mannes, der absichtlich durch einen Vertrauensbruch seinen
Ausschluß aus dem Verband herbeigeführt hat, um einen Fall
Schlater zu konstruieren, der kostspielige Apparat zur Ein-
wirkung einer außerordentlichen Generalsammlung in Wir-
ksamkeit treten müßte. Die Zahlstellen werden aus diesem

Grunde Tatig über die Sache zur Tagesordnung übergehen können.

Sie haben es eigentlich schon getan, denn trotz des Aufrufes zum Protest im Mundschreiben ist zur Beiratsitzung kein einziger Protest eingegangen. Das ist auch richtig so. Die Zahlstellen haben jetzt wichtigere Organisationsangelegenheiten zu erledigen, desgleichen der Gesamtverband, der allerorts die Anstürme der Unternehmer abzuwehren hat.

Der Hauptvorstand hat mit dem Ausschluß eine große Vertrauensbruch geahndet, den eine Person begangen hat, die nicht einmal mehr im Beruf beschäftigt ist und nach dem Statut schon im Oktober vorigen Jahres aus dem Verband hätte ausscheiden und sich einer anderen Organisation hätte anschließen müssen. Die betonte aufopfernde Tätigkeit für die Kollegen kann deshalb nur noch in „Oppositionsmacherei“ bestehen.

Der Verband muß sich gegen Statutenverächter schützen, mögen sie heißen, wie sie wollen.

Der Hauptvorstand hat deshalb so beschloffen. Mit Verbandsspaltung hat die Sache nicht das geringste zu tun.

Weil diese jedoch von der Gegenseite so demonstrativ hervorgerufen wird, scheint dort der Wunsch der Vater dieses Gedankens zu sein. Die Kollegen und Kolleginnen mögen sich gegen derartige folgenschwere Vorfälle zur Wehr setzen. Wir haben die Einheit und Geschlossenheit der feinkeramischen Arbeiterchaft zu wahren, selbst, wenn dies den ganz parteipolitisch eingetragenen Leuten nicht in den Kram paßt.

Das für heute.

Aus unserem Beruf.

Eisenberg. Es wird uns geschrieben: Beneidenswerte Geschöpfe scheinen doch die Arbeiter der Firma Kalk in Eisenberg zu sein. Nachdem der ewige Kampf, der sich aus dem Arbeitszeitgesetz entsponnen hatte, zu Ostern beigelegt war, erneuerte die Belegschaft ihre Forderungen an die Firma vom Februar, und weil die Unternehmerdirektoren bei den zentralen Lohnverhandlungen erklärten, diese Frage sollte kariblich geregelt werden, glaubte auch die Belegschaft, daß die Firma Gegenentworte zeigen würde; aber weit gefehlt, und so entbrannte der Kampf aufs Neue mit 3/4 Wochen Dauer. Nachdem die Arbeit nun wieder zwei Tage ausgenommen ist, hängt am „Schwarzen Brett“ der famose Anschlag, daß auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes die Firma genötigt ist, zum Pfingstsonnabend die gesamte Belegschaft wieder aus Strafenpflaster zu werfen. Hat nun nach Ostern die Beschäftigungsdauer 1 Woche und der neue Kampf 3/4 Wochen gewährt, so müßte mit mathematischer Genauigkeit der jetzige aufgewungene Kampf mit 2 Wochen Beschäftigungsdauer 7 Wochen anhalten. Dabei wird wohl manchem Unternehmer der letzte Hosenknopf abgehen, und gerade um die Verteilung der letzten Hosenknöpfe scheinen sich jetzt die bürgerlichen Parteien in Thüringen in die Haare zu fahren. Aber auch die Arbeiter werden die Arbeiter zu parieren wissen; und speziell die Arbeiter der Firma Kalk werden zur gegebenen Zeit aufrecht ihren Arbeitsplatz verlassen; ihrem opferreichen beruflichen Minen gebührt schon jetzt ein ehrender Platz in der Geschichte der Porzellanarbeiter, und werden die Opfer eines 11wöchentlichen Kampfes bisher nicht umsonst auf sich nehmen und nicht unversucht lassen, den durch die privatkapitalistische Mißwirtschaft zu Lohnsklaven herabgewürdigten Arbeitern ein besseres Dasein zu verschaffen.

Kahnhütte. Ein alter treuer langjähriger Kollege wurde uns durch den Tod entzissen. Am 12. Mai 1924 starb unser Kollege Reinhold Höland, Großbreitenbach, im Alter von 59 Jahren. In ihm verkörperte sich ein Stück Gewerkschaftsbewegung in Großbreitenbach. Gemeinsam mit unserem alten Kollegen Eduard Höhn baute er in Großbreitenbach die Gewerkschaft auf. Was Reinhold Höland für die Organisation gewesen ist können nur diejenigen ermessen, die ihn kannten. 14 Jahre gehörte er ununterbrochen dem Verbandsrat. Als Großbreitenbach für sich noch eine Zahlstelle bildete, war er über 15 Jahre Kassierer, und zwar in einer Zeit, als es noch ein Wagnis war, einen Posten innerhalb der Organisation zu bekleiden. Trotz vieler Schikanen und Unannehmlichkeiten, die er hat erdulden müssen, ließ er sich nicht abhalten, seiner Organisation die Treue zu bewahren. Vielmal, wenn die Kollegen mit ihrem Beitrag im Rückstand waren, hat er, um die Kollegen vor Ausschluß zu bewahren und für die Organisation festzubalten, aus seiner eigenen Tasche die Beiträge bezahlt. Wegen sich die Kolleginnen und Kollegen unseren unvergeßlichen Reinhold Höland als Vorbild nehmen und das Werk, was er geschaffen hat, weiter ausbauen und daran festhalten. Mit ihm verliert die Zahlstelle einen ihrer Besten. Sie wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Verwaltung der Zahlstelle Kahnhütte n. Umg.

Köln. Achtung! Kollegen der Emaille- und Silberbranche mögen sich bei Stellungswechsel nach Köln zuerst Rat bei der dortigen Verwaltung einholen. Dieses gilt speziell für die Silberbranche. Die Verwaltung.

Köppelsdorf. In der Porzellanfabrik Neuhaus war der Kollege Armin Heublein mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt und arbeitete dabei in einem zitta 2 Meter tiefen Schacht. Plötzlich brachen die Erdmassen zusammen und Heublein wurde verschüttet. Obgleich ihm seine Kollegen sofort zu Hilfe eilten, konnte er nur als Leiche geborgen werden. Heublein war die einzige Stütze seiner Mutter.

Kobach. In Kobach wurden im Februar die Arbeiter der Steingutfabrik Böcker, A.-G., ausgepörrt zu dem Zwecke, der Arbeiterchaft schlechtere Bedingungen zu oktroyieren, als der Zarif in der feinkeramischen Industrie vorsch. Ein Einbruch, der damals bei den Behörden erhoben wurde, fand keine Beachtung. Ganz anders war es, als am 22. Mai der Verbandsangehörte Valibor Koburg in Kobach erdient, um die bestehende Differenz erledigen zu helfen. Derselbe hatte am Vormittag dieses Tages ein telephonisches Gespräch mit einem Vertreter der Gauleitung. Dieses Gespräch wurde von irgendeinem Lakaien belauscht. Weil nun in diesem Gespräch von der Auszahlung von gesetzlichen Mitteln die Rede wurde, sofort die Polizei alarmiert und obige Redewendung verdreht in eine „Anwendung aller Machtmittel“. Die Wirkung blieb nicht aus. In der am selben Nachmittag abgehaltenen Porzellanarbeiterversammlung im Kobach wurden die Kobacher Polizeigewaltige und machte den Vorliegenden sowie Gen. Dalibor auf den Ausnahmestand aufmerksam und bewerkte, daß bei dem geringsten Anzeichen der Polizei verhaftet würden. Auch sei Herr Oberregierungsrat Dr. Heintz benachrichtigt und berichte habe die Landespolizei in Kobach alarmiert, die im Notfall in einer halben Stunde per Auto in Kobach ein könne. Als am Mittag die im Betrieb Arbeitenden ungefähr 80 an der Zahl, einzeln wieder zur Arbeit gingen, wurden sie zu einer am Nachmittag abgehaltenen Versammlung eingeladen. Kommt war Herr Oberwachmeister Erbe mit noch zwei Polizisten zur Stelle und im Feldherrntone schrie er die auf der Straße gehenden ungefähr 12 bis 15 Personen an: „Straße frei, eine einmalige Aufforderung genügt!“ „Gnügt gehärdete er aber dann dem Gen. Dalibor mit noch zwei bis drei Mann die Einladung zur Versammlung der Arbeiterchaft mitzuweisen. Wir lassen zusammen. Wegen eines barmhertigen Telephongesprächs werden der Kommando Landespolizei, Polizei, Oberregierungsrat und ein Kommando Landespolizei, aber nur, weil es sich um Arbeiter handelt.“ (Volkshlati, Koburg.)

Leina. Am 2. Mai kündigte die Direktion der dortigen Porzellanfabrik zwölf Arbeiter und drei in der Dreherei be-

schäftigten Hilfsarbeitern angeblich wegen Arbeitsmangel, gleichzeitig wurde auch die 24stündige Kurzarbeit für das übrige Dreherpersonal ab 9. Juni angekündigt. Wir wollen zugeben, daß zurzeit immer noch etwas flauer Geschäftsgang ist in der elektrotechnischen Porzellanfabrikation; aber die Machination der Direktion war doch hierbei etwas zu durchsichtig, denn es wäre nämlich noch nicht zu Kündigungen gekommen, wenn das Dreherpersonal sich bereit erklärt hätte, die noch in Aussicht stehenden Aufträge für den von der Direktion angebotenen Preis bezw. Lohn herzustellen. Das Dreherpersonal lehnte aber diese Zumutung der Direktion ab, weil es sich auf den Standpunkt stellte, daß es so wie so im Verhältnis zur Vorkriegszeit schon viel zu billig arbeiten muß. Es ist dies aber nicht das erste Mal, daß die Direktion solche Verjuche und Experimente machte, deshalb hat das Dreherpersonal zu dieser Angelegenheit eingehend Stellung genommen und nach längerer und wohlüberlegter Aussprache beschloffen, daß die nicht gelübigten Kollegen sich solidarisch zu erklären und ebenfalls die Kündigung einreichen. Kollegen! Falls es nun zu ernstem Konflikt kommen sollte, so bitten wir, Bezug nach hier fernzuhalten. Die Zahlstellenverwaltung.

Versammlungsberichte.

Schönwald. In einer gutbesuchten Zahlstellenversammlung beschäftigte sich die Kollegenschaft u. a. mit den Beschlüssen der letzten Verrats- und Vorstandssitzung. Von allen Rednern wurde vor allem die Neuregelung der Beiträge begrüßt und gutgeheißen. Es wurde darauf verwiesen, daß es dafür höchste Zeit und dies der einzige Weg war, den Verband wieder finanziell aufzurichten. Die Versammlung gab einstimmig kund, daß die Zahlstelle Schönwald insgesamt mit den Ausführungen einverstanden ist und die diesbezüglichen Beschlüsse billigt.

Briefkasten.

Nach Eisenberg. Ein österreichisches Bruderblatt „Solidarität“ ist uns nicht bekannt, können daher auch die Adresse nicht angeben.

„Sollen die Zustände so weiter bleiben?“ enthält im zweiten Abj. 9. Zeile, einen Druckfehler. Dort muß es heißen: „Ihr seid nochmal lobtel!“ und im darunter folgenden Artikel: „Die Produktion durch Teilstreiks und Arbeiterunruhen“ gehemmt und nicht gespannt.

Zur Beachtung der Zahlstellenverwaltungen!

Die Aenderung im Beitragswesen brachte auch eine Aenderung im Bezug der „Ameise“. Danach kann wieder jedes Mitglied die Freilieferung des Verbandsorgans beanpruchen. Den Zahlstellen wird dazu empfohlen, sich mit Kollegen und Kolleginnen, von denen mehrere von einer Familie die „Ameise“ erhalten können, über eine geringere Lieferung zu verständigen. Dadurch könnten dem Verband Auslagen erspart werden.

In der Zusendung des Blattes muß wegen der ab 1. Juli beträchtlich gestiegenen Postgebühren ebenfalls eine Aenderung eintreten. Die Sammelüberweisungskosten würden bei einer Auflage von 50000 Stück 3900 Mk., und bei einer von 60000 Stück 4680 Mk. Postgebühren ohne Bahnhofsbesörderungsgebühr betragen und die Verbandskasse erheblich belasten. Diese Kosten müssen dadurch gemindert werden, daß je nach der Zahl drei verschiedene Versendungsarten eingeführt werden müssen, und zwar für 66 bis 800 Stück und darüber Zeitungspakete, für 5 bis 65 Stück Sammelüberweisung und unter 5 Stück Drucksaften. Die oben genannten Summen verringern sich dadurch schätzungsweise um mindestens die Hälfte.

Infolge dieser Umstellung macht sich auch eine Aenderung der Adressenartothek notwendig, weshalb die Zahlstellenverwaltungen gebeten werden, die ab 1. Juli notwendige Zahl „Ameisen“ bis zum 10. Juni zu melden. Die Kassierer werden besonders noch auf diesen Termin verwiesen. Bei dieser Meldung sind auch die etwaigen Adressenänderungen bei den Organempfangern mitzuteilen und genau die Postanstalt, Wohnung, Straße und Hausnummer anzugeben. Bei dieser Gelegenheit können auch ständige Adressen angegeben werden, z. B.: Zahlstellenbureau der Porzellanarbeiter in ... Straße, Hausnummer ... oder Zahlstelle der Porzellanarbeiter in ... Konsumverein oder Gasthof zum ... Diese Adressen würden gewöhnlich für längere Zeit Bestand haben und brauchen nicht bei jedem Kassierer- oder Organempfangerswechsel so oft umgestanzt werden, wodurch ebenfalls Kosten gespart werden könnten. Allerdings sind die letzte Art Adressen nur zu empfehlen, wenn an der angegebenen Empfangsstelle eine gewissenhafte Person ist, die für pünktliche Auslieferung der Zeitungspakete sorgt. Wo die Anregung nicht durchgeführt werden kann, bleibt es natürlich bei der persönlichen Adresse der Organempfangers.

Zahlstellenkassierer, die unter 65 Stück „Ameisen“ benötigen, werden gebeten, ihre Sendungen möglichst bei der Post abzuholen oder abholen zu lassen, damit die Zustellgebühr, die bei der Anmeldeung von der Hauptkasse gezahlt werden muß, erspart werden kann. Die Meldung, ob die Zeitungspakete für Sammelüberweisung (unter 65 Stück) abgeholt werden oder nicht, muß ebenfalls bis zum 10. Juni miterlebt werden. Erfolgt von den Kassierern keine Meldung, so werden die „Ameisen“ ohne weiteres der Post zur Abholung überwiesen und sind vom Adressaten abzuholen.

Die Kassenverhältnisse bedingen außerordentliche Sparfameit, deshalb wird erucht, die Anweisungen genau und bis zum angegebenen 10. Juni zu befolgen.

Verlag und Redaktion „Die Ameise“.

Reparaturrechnung des Verbandsvorstandes.

Folgende Mitglieder wurden nach § 3, Ziffer 3 des Verbandsstatuts aus dem Verbandsrat ausgeschlossen: Heriband Schlater, Mitgliedsnummer 1089, Zahlstelle Berlin.

Paul Dorn, Nr. 36084; Christoph Freina, Nr. 36611; Engel Honig, Nr. 11530; Hermann Bredt (Möbelscher), Nr. 56654; Zahlstelle Selb. Der Verbandsvorstand.

Adressenänderungen.

Hohenberg. Schriftführer Rader Thurn, Hohenberg, Fabrikstraße 135.

Mörschenbr. Vorsitzender: Johann Köppel, Kötenbrauerei 5, Hof, Epenreutherstr. 55; Schriftführer: Erwin Biegler, Hof, Königstr. 42.

Quittung.

Für unsere Ikonen Mitglieder: Wilhelm Schulze, Verta Schreinerholz und Elisabeth Freier gingen Beträge aus folgenden Zahlstellen ein: Arzberg 30.—; Rauenstein, Blau 6.—; Worbamm 9.—; Suhl, Annaburg je 2.—; Markredwitz, Kloster Weilsdorf je 3.—; Königsee 0,50; Schornberg 4,50; Stadtlengsfeld 5.— Mk. Emma 7.— Mk. Im Namen der Ikonen Mitglieder den Gebern besten Dank.

Zahlstelle Frankfurt (Ober). Wilhelm Trause, Kassierer.

† Sterbetafel †

Althalbendsleben. Friedrich Lang, Kapfelbr., geb. am 5. 4. 1860, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit — Andreas Arnstedt, Dreher, geboren am 21. 1865, gestorben an Gehirnschlag. Organisiert seit ?
Fraureuth Franz Meyer, Handarbeiter, geboren 21. Juli 1859, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1922.
Kahnhütte (Großbreitenbach). Reinhold Höland, ler, geboren am 25. 8. 1865, gestorben an Lungentuberkulose, organisiert seit 1890.
— Otto Hoffmann, Maler, geboren am 5. 7. gestorben am 28. 5. 1924 an Kehlkopfkranken. Organisiert seit 1918.
Köppelsdorf/Neuhaus. Armin Heublein, Dreher, geboren am 9. 4. 1905, gestorben infolge Unglücksfall. Organisiert seit 1920.
Rimbach. Hermann Kleinteich, Sortierer, geb. am 1. 9. 1880, gestorben an Halsmuskellähmung. Organisiert seit 1921.
Reichenbach. Theresje Böhlmann, geboren am 1876, gestorben an Augenkrankheit. Organisiert seit 1911.
— Elise Woser, geboren am 7. 2. 1898, gestorben an Augenkrankheit. Organisiert seit 1921.
Schirnding. Johann Nibel, Sortierer, geboren 5. 1. 1858, gestorben an Asthma. Organisiert seit 1920.
Stadtlengsfeld. Wilhelm Gerstung, Schreiner, geboren am 1. 10. 1868, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit 1921.

Ehre ihrem Andenken!

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere nach überwund. Inflation wieder prima. Best. Bismarckschwämme, groß und mittel, das Kilo 80.— bis 100.— Goldmark; billige Bismarck, aus kleinen und Mittelgrößen Kilo 24.— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Glasur- u. Gummischwämme, das Kilo 50.— G.-Mk., feinste gröbere Levantiner, das Kilo 80.— bis 150.— G.-Mk., echte grobe prima Levantiner, „Elefantenhorn“, das Kilo 220.— G.-Mk., faulstärke, prima Rees (auch f. Druckerarbeiten geeignet), das Kilo 60.— G.-Mk., Pferdeschwämme, faulst. bis loyfgroß, p. Stk. 1.— b. 5.— G.-Mk. Mischschw. Schwammgroßhandlung, Berlin S. 25, Prenzlauerf.

Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Schiffsreparaturern muß das Reisepoort beigefügt sein, damit die Weiterbeförderung möglich ist.

Lüchtiger lediger Formsticker, mit allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, in größeren Fabriken beschäftigt, wofür Stellungen event. auch als Einrichter. Gesell. Schriftst. werden unter „F. 85“ an die „Ameise“ erbeten.

Inferate im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden spottbillig berechnet haben den größten Erfolg.

Zum sofortigen Antritt suchen wir

Maler

für Wand- und Stempeldekorationen.

Porzellanfabrik Fraureuth A.-G. Fraureuth (Reuß).

Jüngerer, unterhalteter

Modellere

mit guten Zeugnissen zum baldigen Antritt in Dauerstellung gesucht.

Angebote unter „112“ an „Die Ameise“ erbeten.

Einige tüchtige (110)

Blaumaler

für Unterlagsur werden eingestellt. Zwischauer Porzellanfabrik Zwischau (Sa.).

Thüringer Porzellan- und Glasmalerei sucht einige ledige

Maler

die in allen in einer Privatmalerei vorkommenden Arbeiten und auch im Auskolorieren von Landschaften bewandert sein müssen.

Offerten unter „116a“ an „Die Ameise“ erbeten.

Heranzugeben vom Verband der Porzellan- und Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennin Charlottenburg, Braßstraße, Neuhau. — Verlag: Wilhelm Gerben, Charlottenburg, Braßstraße, Neuhau. — Druck: E. Janaszewski, Berlin SO., Elisabethufer 2.

Einige tüchtige, ledige

Maler

für Exportarbeit gesucht

Hans Schrenk Porzellanfabrik in Erdendorf (Oberp.)

Tüchtiger, erfahrener

Brenner

zum sofortigen Antritt sucht, Ledige bevorzugt

C. & G. Carsten Zeven, Bez. Bremen

Einige geliebte

Schalendreher

für sofort gesucht.

Porzellanfabrik Freiwald Areis Sagan.

Einigen tüchtigen

Gießer

oder eine

Gießerin

mehrere geliebte

Garniererin

stellen ein (11) Porzellanfabrik Weibach Dürred & Rüdiger Weibach (Fichtelgebirge)